

ALLGEMEIN

Förderprojekte zum Europäischen Jahr für aktives Altern. 2012 wird das Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen. Mit der Kampagne sollen die Beschäftigung Älterer, Teilhabe an der Gesellschaft, Gesundheit und ein selbstbestimmtes Leben gefördert sowie die Solidarität zwischen den Generationen verbessert werden. Der Ausschuss der Regionen, die Europäische Plattform für ältere Menschen (AGE) und die Europäische Kommission haben jetzt eine Broschüre veröffentlicht, in der EU-Fördermöglichkeiten für regionale und lokale Projekte vorgestellt werden, die das aktive Altern sowie die Solidarität zwischen den Generationen unterstützen sollen. In der Broschüre sind außerdem zahlreiche Projekte zu finden, die mit EU-Mitteln finanziert werden. Weiterhin werden die wichtigsten EU-Programme vorgestellt, mit denen neue Projekte zum aktiven Altern unterstützt werden können. Die Broschüre, die in englischer Sprache vorliegt, kann unter der URL: <http://ec.europa.eu> aus dem Internet heruntergeladen werden. *Quelle: Mitteilungen des Deutschen Städtetages 8/11 vom 21.10.2011*

Transparency International ausgezeichnet. Den mit 100 000 Euro dotierten A.SK Social Science Award vergibt das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB) seit 2007 alle zwei Jahre. In diesem Jahr wird die gemeinnützige Organisation Transparency International ausgezeichnet. Mit Instrumenten wie dem Korruptionswahrnehmungsindex trage Transparency International wesentlich zur öffentlichen Debatte über Korruption bei und fördere Reformprozesse, die zum Aufbau transparenter Regierungsstrukturen führen würden, so die sechsköpfige Auswahlkommission in ihrer Begründung. Den Preis – laut WZB eine der weltweit höchstdotierten Auszeichnungen in den Sozialwissenschaften – stiftete das chinesische Unternehmerpaar Shu Kai und Angela Chan, um grundlegende Beiträge zu gesellschaftlichen und politischen Reformen zu würdigen. Die ersten Preisträger waren der englische Ökonom Sir Anthony Atkinson (2007), der für seine Forschungen über soziale Ungleichheit geehrt wurde, und die amerikanische Rechtsphilosophin Martha C. Nussbaum (2009), die über die Bedingungen menschlichen Zusammenlebens und soziale Gerechtigkeit forschet. *Quelle: Nachrichtendienst Bürgergesellschaft Oktober 2011 vom 1.11.2011*

Telefonseelsorge mit über zwei Millionen Anrufen und Anfragen. Der Jahresbericht 2010 der Telefonseelsorge, die von der Evangelischen und der Katholischen Kirche gemeinsam getragen wird, dokumentiert, dass die Zahl der Ratsuchenden weiterhin sehr hoch ist. Gegenwärtig wird deutschlandweit von 109 Stellen aus (60 in ökumenischer, 37 in evangelischer und 12 in katholischer Trägerschaft) das Angebot der Telefonseelsorge

aufrechterhalten. 35 dieser Stellen bieten zusätzlich zum Telefon eine Erreichbarkeit per E-Mail, 24 Kontakte per Chat an. In 15 Einrichtungen gibt es „Offene-Türen“, die kurzfristig ein persönliches Gespräch an einem leicht zugänglichen und doch geschützten Ort ermöglichen. 2010 gingen über zwei Millionen Anrufe und Anfragen ein. Außerdem beantworteten die über 8 350 freiwillig Engagierten und 188 hauptamtlich Mitarbeitenden 17 600 E-Mails und zirka 4 400 Anfragen per Internet-Chat. Die Nachfrage nach Chat-Kontakten mit der Telefonseelsorge ist derzeit größer als das Angebot. 2010 haben Rat- und Hilfesuchende 46 000 Mal den Kontakt zu Mitarbeitenden hinter den „Offenen Türen“ gesucht. Der „Jahresbericht der Telefon-Seelsorge für das Jahr 2010“ findet sich im Internet unter der URL: <http://www.telefonseelsorge.de/?q=node/16>. *Quelle: BFS trend information vom 10.10.2011*

SOZIALES

Profilelemente des ASD/KSD. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Allgemeiner Sozialer Dienst/Kommunaler Sozialer Dienst (BAG ASD/KSD) hat unter dem Titel „Auftrag, Aufgaben und Zukunft des ASD/KSD“ ein Rahmenprofil für den ASD/KSD entwickelt. Hierin werden insbesondere die Klärung der Funktion des ASD/KSD im kommunalen Geflecht spezialisierter Dienste, eine genaue Bestimmung von Arbeits- und Organisationsprinzipien wie Case Management, Sozialraumorientierung, Ko-Produktion, Prävention, nachgehende Betreuung und ihre methodische Umsetzung und das Prinzip der Sozialraumorientierung gefordert. Darüber hinaus wird angemahnt, das Kompetenzprofil des ASD/KSD zu schärfen und die Grundlagen für die plausible Berechnung einer adäquaten Personalbemessung für den ASD zu ermitteln. Konzepte der team- und regionalbezogenen Kooperationen und der ressortübergreifenden Teilspezialisierung über Vertiefungsgebiete hinaus sollten systematisch entwickelt und erprobt werden und es ist zu klären, welche Verfahren und Instrumente (z.B. EDV-gestützte Diagnose-, Dokumentations- und Evaluationsverfahren) mit welchem Standardisierungsgrad hinreichend flexibel und einzelfallspezifisch sind, um die Arbeit der Fachkräfte des ASD/KSD angemessen abzubilden und zu unterstützen. Das Positionspapier kann auf der Website <http://www.bag-asd.de> oder direkt von der URL: <http://imos.web.fh-koeln.de/bagasd/wp-content/profil-eines-asd-ksd-erstellt-von-der-bag-asd-ksd.doc> abgerufen werden. *Quelle: Pressemitteilung der BAG ASD/KSD vom 23.8.2011*

VdK warnt vor wachsender Altersarmut. Der Sozialverband VdK sieht in den steigenden Zahlen des Statistischen Bundesamts zu den Empfängern und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ein Indiz für wachsende Altersarmut. Ende 2010 erhielten demnach rund 797 000 Menschen Leis-

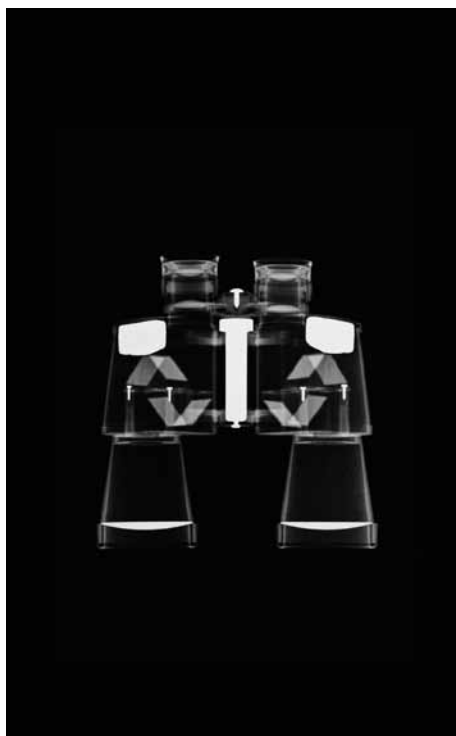
tungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Gegenüber 2009 erhöhte sich damit die Zahl der Hilfebeziehenden um 4,3 %. Der VdK mahnt die Bundesregierung, endlich Maßnahmen gegen die wachsende Altersarmut in Angriff zu nehmen, um zu verhindern, dass immer mehr Menschen im Alter auf die Grundsicherung angewiesen sind. Die Hauptforderungen an die Bundesregierung sind die Wiedereinführung der Rente nach Mindesteinkommen, bei der die Rentenbeiträge von Geringverdienenden höher bewertet werden, die Abschaffung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten, eine bessere rentenrechtliche Absicherung von Langzeitarbeitslosen sowie die Abschaffung der Dämpfungsfaktoren bei der Rentenanpassung, die in den letzten acht Jahren zu vier Nullrunden geführt haben. Der VdK bekräftigt erneut seine Kritik an dem Zuschussrentenkonzept von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, da Zeiten der Arbeitslosigkeit nur in geringem Umfang berücksichtigt werden. *Quelle: VdK-Pressemeldung vom 30.9.2011*

GESUNDHEIT

Erstattung von Therapiekosten bei Neurodermitis. Das Bundessozialgericht bittet im Rahmen eines Rechtsstreites um die Erstattung der Therapiekosten

durch die Krankenkasse den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) um eine Stellungnahme. Es soll geprüft werden, ob der Beschluss des G-BA, die Krankenkassen von den Kosten für die nicht verschreibungspflichtigen Arzneimittel zu entlasten, vertretbar ist. Aktuell sieht der G-BA die Möglichkeit einer Verordnung der Medikamente in seinen Arzneimittelrichtlinien nicht vor beziehungsweise liegt hierfür keine Empfehlung vor. Die Stellungnahme soll auch zeigen, ob sich der G-BA mit den Leitlinien der Deutschen Dermatologischen Gesellschaft (DDG) zu Neurodermitis auseinandergesetzt hat, die der Wirksamkeit von Basistherapeutika für die Behandlung von Neurodermitis eine zentrale Rolle zuerkennen. Der G-BA legt in Form von Richtlinien fest, welche Kosten die gesetzlichen Krankenversicherungen für medizinische Behandlungen übernehmen müssen. *Quelle: Pressemitteilung der European Centre for Allergy Research Foundation vom 27.10.2011*

Neues Konzept zur Hospiz- und Palliativversorgung. Bayern ist das erste Bundesland, das umfassend Hospiz- und Palliativversorgung miteinander verbindet. Rund 6 000 ehrenamtliche Hospizhelferinnen und -helfer begleiten schwerstkranke und sterbende Menschen auf ihrem Weg. Für Qualifizierung, Fort- und Weiterbildung und Supervision der Hospizhelferinnen und -helfer



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel für Geldanlagen. Der neue BFS-Nachhaltigkeits-Fonds verfolgt einen hohen ethischen Anspruch. Dafür beobachtet und investiert das Fondsmanagement ausschließlich in Wertpapiere, deren Emittenten als nachhaltig eingestuft wurden.

Sprechen Sie mit uns. Über diese und andere attraktive Anlagemöglichkeiten.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de

Berlin · Brüssel · Dresden · Erfurt · Essen · Hamburg
Hannover · Karlsruhe · Köln · Leipzig · Magdeburg
Mainz · München · Nürnberg · Rostock · Stuttgart



Bank
für Sozialwirtschaft

werden dieses Jahr 100 000 Euro zur Verfügung gestellt. Zudem wird die Bayerische Stiftung Hospiz mit mehr als 2 Mio. Euro gefördert. Seit 2006 wird ein Fachprogramm zur Palliativversorgung in Krankenhäusern mit dem Ausbauziel von 470 Palliativbetten durchgeführt. Zudem wird der Aufbau spezialisierter ambulanter Teams mit einer Anschubfinanzierung von bis zu 15 000 Euro pro Initiative unterstützt. Das Konzept wurde vom fachübergreifenden Expertenkreis Palliativmedizin und Hospizarbeit erarbeitet, der gemeinsam vom Sozialministerium und Gesundheitsministerium eingesetzt wurde. Darin waren neben Verantwortlichen beider Ministerien rund 40 Institutionen und Organisationen aus dem Bereich Sterbebegleitung vertreten. Das nun vorgestellte Grundsatzpapier ist Grundlage für den weiteren Ausbau der Versorgung und steht unter der URL: www.stmas.bayern.de/hospiz sowie unter www.gesundheit.bayern.de zum Download bereit. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit vom 17.10.2011*

JUGEND UND FAMILIE

Gemeinnützige Projekte zur Berufsvorbereitung.

Zahlreiche junge Menschen sind den Anforderungen einer Berufsausbildung noch nicht gewachsen und viele Betriebe scheuen den Aufwand, diese Jugendlichen intensiver zu fördern. Der Themenreport von Phineo „Hartz geklingelt? Jugendlichen echte Berufsperspektiven schaffen“ stellt erfolgreiche Handlungsansätze zur Berufsvorbereitung vor und empfiehlt 18 Projekte gemeinnütziger Organisationen zum Berufseinstieg. Ausbildungspatenschaften, Praxisklassen oder Produktionsschulen sind nur drei Beispiele hierfür. Besonders wirkungsvoll werden die Programme, wenn Staat, Wirtschaft, Familie und Zivilgesellschaft Hand in Hand arbeiten und ihre Expertisen bündeln, um jungen Menschen echte Perspektiven zu eröffnen. Aus 97 Organisationen, die sich um eine Empfehlung beworben hatten, haben sich die empfohlenen 18 Projekte bei dem vierstufigen Analyseverfahren als besonders wirkungsvoll erwiesen. Unter der URL: <http://www.phineo.org/themenreports/veroeffentlichtereports/berufsvorbereitung/> steht der Report zum Download zur Verfügung. *Quelle: Pressemitteilung von Phineo vom 25.9.2011*

Vererben zugunsten behinderter Menschen. Der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen (bvkm) hat seinen Rechtsratgeber „Vererben zugunsten behinderter Menschen“ aktualisiert. Die Broschüre erläutert, welche erb- und sozialhilferechtlichen Aspekte bei der Gestaltung eines sogenannten Behindertentestaments zu berücksichtigen sind. Die Neuauflage berücksichtigt das aktuelle Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 19.1.2011. Darin bestätigt der BGH seine bisherige Rechtsprechung zum Behindertentestament und entwickelt diese noch weiter. Nach Auffassung

des höchsten deutschen Zivilgerichts verstößt es nicht gegen die guten Sitten, wenn ein behinderter Mensch, der Sozialhilfe empfängt, auf Pflichtteilsansprüche verzichtet. Das Urteil eröffnet damit neue Möglichkeiten, wie ein Behindertentestament gestaltet werden kann. Dies und andere Regelungen, die in einem Behindertentestament zu treffen sind, werden in der Broschüre anhand eines konkreten Beispiels verdeutlicht. Mit Hilfe eines Behindertentestaments können Eltern ihrem behinderten Kind finanzielle Mittel zukommen lassen, mit denen es zum Beispiel medizinische Leistungen bezahlen oder sich an seinem Geburtstag Wünsche erfüllen kann. Möglich ist dies durch eine erbrechtliche Gestaltung, die den Zugriff des Sozialamts auf die Erbschaft verhindert. Die Broschüre steht im Internet als Download unter www.bvkm.de in der Rubrik „Recht und Politik“ zur Verfügung. Sie kann außerdem zum Preis von 3 Euro (inkl. Porto und Verpackung) unter folgender Adresse bestellt werden: bvkm, Stichwort „Testament“, Brehmstr. 5-7, 40239 Düsseldorf. *Quelle: Pressemitteilung des bvkm vom 25.10.2011*

Mehr Hilfe für weniger Kinder. Immer häufiger werden alle Mitglieder eine Familie von den ambulanten Diensten der Caritas in der Diözese Münster begleitet. Was auf den ersten Blick positiv erscheint, ist ein Zeichen dafür, dass immer mehr Familien in Konfliktsituationen geraten, die sie allein nicht bewältigen können. Probleme eskalieren und vor allem die sozialpädagogische Familienhilfe oder die flexiblen Erziehungshilfen müssen eingreifen. Obwohl die Kinderzahl in den letzten Jahren auf aktuell durchschnittlich 1,32 pro Familie gesunken ist und auch die Fallzahl im letzten Jahr rückläufig war, verzeichnet die Statistik insgesamt einen höheren Aufwand und häufig sind auch mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener Fachrichtungen in einer Familie tätig. Um die Ursachen der Probleme möglichst kostengünstig und doch erfolgreich angehen zu können, schnüren Kommunen und Caritas abgestimmte Hilfspakete. Statistische Werte belegen die Wirksamkeit dieser Hilfen, denn lediglich 3 % der Familien brechen die Unterstützung ab. Immer besser gelingt es auch, Familien mit Migrationshintergrund zu erreichen. Sie sind stärker von Armut und sozialen Problemen betroffen als die deutsche Bevölkerung. Mit fast 20 % erreichen sie inzwischen einen höheren Anteil in den ambulanten Diensten, als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. *Quelle: Pressemitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Münster e.V. vom 25.10.2011*

AUSBILDUNG UND BERUF

Gut 17 000 Lehrkräfte für Integrationskurse. Vom 1.1.2005 bis zum 21.8.2011 sind nach Auskunft der Bundesregierung insgesamt 17 341 Personen als Lehrkräfte für Integrationskurse zugelassen worden, hiervon waren rund 85 % Frauen. Auf die Frage nach

der durchschnittlichen Vergütung der Honorarkräfte verweist die Regierung auf eine vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Sommer dieses Jahres vorgenommene Kursträgerabfrage. Dabei ist eine durchschnittliche Vergütung in Höhe von 18,14 Euro für 45 Minuten pro Unterrichtseinheit festgestellt worden. Rund 98,3 % der 1 219 Kursträger, die auf die Anfrage geantwortet hatten, zahlen ein Honorar von 15 Euro und mehr sowie rund 1,7 % weniger als 15 Euro. In keinem Fall hat das Honorar unter zehn Euro (brutto) gelegen. Die Regierung verweist darauf, dass sie aus vergaberechtlichen Gründen den Trägern keine Honorarsätze für die Lehrkräfte vorschreiben kann. Der im Bereich der beruflichen Weiterbildung existierende Tarifvertrag ist weder für allgemeinverbindlich erklärt worden noch sind die Lehrkräfte in den Integrationskursen von dessen Geltungsbereich erfasst. *Quelle: Heute im Bundestag vom 30.9.2011*

Evangelische Hochschule Berlin vergibt Deutschlandstipendien. Vier Studentinnen aus dem Studiengang Soziale Arbeit und eine Studentin aus dem Studiengang Elementare Pädagogik werden ab dem Wintersemester 2011/12 erstmals im Rahmen des Deutschlandstipendiums von der EHB gefördert. Die Studentinnen werden für herausragende Leistungen im Studium und ihr soziales Engagement prämiert und erhalten für die nächsten zwei Semester eine Unterstützung von jeweils 300 Euro monatlich. Das Stipendium wurde 2010 vom Bildungsministerium unter der Bedingung ausgelobt, dass die Hochschulen eine Komplementärfinanzierung einwerben. Die nächste Ausschreibung findet zum Wintersemester 2012/13 statt. Bewerben können sich alle Studierenden und Studienanfänger sowie Masterstudierende der EHB. *Quelle: Pressemitteilung der EHB vom 23.10.2011*

Kongress zur frühkindlichen Bildung und Betreuung. Weit über 300 Besucherinnen und Besucher informierten sich Ende Oktober beim Kongress „Invest in Future 2011“ in Stuttgart über aktuelle Themen rund um frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung. In zwölf Themenforen mit insgesamt 40 Fachvorträgen behandelten zirka 400 Expertinnen und Experten aus Unternehmen, Kommunen, der Pädagogik und von Trägern Themen wie den sinnvollen Einbezug von ehrenamtlichem Engagement in den Alltag von Kindertagesstätten, den Fachkräftemangel in der Kinderbetreuung sowie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Kongress wurde von einer Messe sowie einer Abendveranstaltung mit der Verleihung der Invest in Future Awards begleitet und findet nächstes Jahr im Oktober wieder in Stuttgart statt. Weitere Informationen sind im Internet unter der URL: www.invest-in-future.de erhältlich. *Quelle: Presse-Informationen: Eoscript Public Relations vom 3.11.2011*

25.-26.1.2012 Berlin. 8. Forum zur Weiterentwicklung der Pflege und Pflegeversicherung. Information: Contec Gesellschaft für Organisationsentwicklung mbH, Herr Philip Schunke, Geschäftsstelle Berlin, Reinhardtstraße 31, 10117 Berlin, Tel.: 030/280 95 37-0, E-Mail: schunke@contec.de

26.1.2012 Olten/Schweiz. Fachtagung Eingliederungsmanagement. Pro-aktive Wege in die Arbeitsintegration. Information: Fachhochschule Nordwestschweiz, Riggbachstrasse 16, CH-4600 Olten, Tel.: 00 41/62 311 96 27, E-Mail: ursina.ammann@fhnw.ch

3.-5.2.2012 Hofgeismar. Islamtagung: Pluralität im Islam – eine Religion in Bewegung. Information: Evangelische Akademie, Gesundbrunnen 8-11, 34369 Hofgeismar, Tel.: 05 671/881-0, E-Mail: ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de

10.-12.2.2012 Berlin. 3. Strategiekonferenz: Kinder aus suchtbelasteten Familien – Räume des Vertrauens schaffen. Information: NACOA Deutschland – Interessenvertretung für Kinder aus Suchtfamilien e.V., Gierkezeile 39, 10585 Berlin, Tel.: 030/351 224 30, E-Mail: info@nacoa.de

10.-12.2.2012 Interlaken/Schweiz. Tagung der Schweizerischen Arbeitsgruppe für Kriminologie: Bedrohte oder bedrohende Sicherheit? Information: SAK, Frau Eva Steiner, Föhrenstrasse 3, CH-8050 Zürich, E-Mail: inscription@kriminologie.ch

8.3.-10.3.2012 Hofgeismar. Fortbildung: Psychosoziale Beratung älterer Menschen und ihrer Angehörigen. Information: Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Fenskeweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/350 00 52, E-Mail: birgit.wolff@gesundheit-nds.de

12.-14.3.2012 Osnabrück. 23. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft: Erziehungswissenschaftliche Grenzgänge. Information: Kongressbüro DGfE, Universität Osnabrück, Institut für Erziehungswissenschaft, Heger-Tor-Wall 9, 49069 Osnabrück, Tel.: 05 41/969 42 84, E-Mail: dgfe2012@uni-osnabrueck.de

22.-23.3.2012 Paderborn. Jahrestagung Rekonstruktive Sozialforschung „Das Soziale an/in der Gesundheit“. Information: Prof. Dr. Armin Schneider, FH Koblenz, FB Sozialwesen, Konrad-Zuse-Straße 1, 56075 Koblenz, Tel.: 02 61/95 28-208, E-Mail: schneider@fh-koblenz.de